

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellesrgd.ch

Zürich, 17. Juli 2020

Dossier 6553, «10vor10» vom 12. Juni 2020, Unruhen in den USA

Sehr geehrter Herr X

Mit Mail vom 12. Juni 2020 beanstanden Sie oben genannte Sendung wie folgt:

Die Polizei wird komplett als brutale, schwer bewaffnete Rambotruppe dargestellt. Dabei werden Bilder der Riot-Polizei dargestellt, die aufgrund unfriedlicher Proteste logischerweise in „Vollmontur“ vor Ort ist..

Dann kommen nur schwarze Amerikaner zu Wort, die eine Meinung vertreten, während man nicht weit recherchieren muss, um auch solche zu finden, die eine andere Meinung haben und zum Beispiel den institutionellen Rassismus verneinen!

Der Korrespondent fällt immer wieder als Anti-Trump auf und es erscheint logisch, dass er sich nur jene aussucht, die das sagen, was ihm passt.

Erst vor kurzen erschien ein Interview mit einem schwarzen Ökonom in der NZZ, der ebenfalls dem tragische Bild widersprach, welches BLM zeichnet.

Ich habe schwarze Freunde in den USA, die ebenfalls sagen, dass es nicht so sei, wie dargestellt.

Es wird derzeit einfach das Bild des bösen weissen Menschen gezeichnet, der nur darauf wartet, schwarze Menschen zu plagen. Es wird in den Medien und Social Media das Bild suggeriert, dass alle Schwarzen in den USA Angst um ihr Leben haben müssen, wenn sie das Haus verlassen.

Praktisch niemand spricht davon, dass die Polizei viel mehr Weisse erschossen hat. Da schreit niemand auf.

Praktisch niemand spricht davon, dass viel mehr Weisse von Schwarzen getötet werden, als umgekehrt. Die Statistiken finden Sie schnell. Aber warum erwähnt das praktisch kein Journalist?

Thema Trump. Man kann von ihm halten was man will. Klar. Aber wenn ein Korrespondent nicht mal versucht, sein eigenes Empfinden gegenüber dem amtierenden Präsidenten der

USA für sich zu behalten, finde ich das unprofessionell. Man kann und muss Kritik üben, aber professionell.

Aber anstatt jeden Tag krampfhaft mind. Eine negative Nachricht über Trump zu suchen, könnte man auch erwähnen, dass unter Trump bis vor Corona die Arbeitslosigkeit bei den Schwarzen in den USA auf einem Tiefststand war. Warum wird nicht erwähnt, dass Trump Gelder für vorwiegend von Schwarzen besuchten Universitäten, welche sein Vorgänger noch gestrichen hatte, wieder gesprochen hat?

Warum wird nicht erwähnt, dass unter Trump die Hilfe für schwarze Unternehmer Gelder gesprochen hat?

Ich bitte das SRF mal darum die BLM-Bewegung und die Finanzierung genauer zu durchleuchten.

Schauen Sie mal, was Brandon Tatum, Damani Felder, Larry Elder, The Hodge Twins etc. sagen und wenn Sie, liebe Journalisten, bemerken, dass das allenfalls Schwarze Republikaner sind und denen dann nicht mehr zuhören, dann zeigt das eigentlich, dass Sie am falschen Platz sind.

Meiner Meinung nach ist die Aufgabe des SRF zu informieren. Neutral. Und nicht ideologisch motiviert nur das so bringen, wie es der eigenen Meinung am nächsten kommt.

Meinungsdiktatur gehört nicht zur Aufgabe des SRF.

Die Redaktion nimmt wie folgt Stellung:

Im Nachgang zum Tod von George Floyd als Folge einer gewaltsamen Festnahme durch die Polizei am 25. Mai in Minneapolis im Bundesstaat Minnesota kam es zu Protesten gegen Polizeigewalt und Rassismus in den USA wie auch in anderen Teilen der Welt. Die Informationssendungen von SRF berichteten tagesaktuell und breit über die Vorfälle und Hintergründe.

Es ist Aufgabe des Hintergrundmagazins 10vor10 über die Aktualität hinauszublicken. Mit Reportagen werden einzelne Aspekte und spezifische Fragen herausgegriffen. Bereits in der Begrüssung zu Beginn der Sendung macht dies der Moderator deutlich und transparent: "Willkommen zum Blick hinter die Schlagzeilen. Alle reden darüber, was es bedeutet Schwarz zu sein in Amerika. Wir zeigen es. Unterwegs in jenem Stadtteil der US-Hauptstadt, wo 90 Prozent der Menschen Afro-Amerikaner sind. Das andere Washington DC."

Der gewählte Fokus in der Berichterstattung von 10vor10 am 12.Juni wird also dem Publikum gleich zu Beginn klar vermittelt. Die Wahl eines Fokus, also die Schwerpunktsetzung innerhalb eines grossen Themas, ist Teil der von Verfassung und Gesetz garantierten Programmautonomie. Wir verweisen auf das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG), das in Art.6, Abs. 2 diesen Grundsatz für die Programmveranstalter festhält: "Sie sind in der Gestaltung, namentlich in der Wahl der Themen, der inhaltlichen Bearbeitung und der Darstellung ihrer redaktionellen Publikationen und der Werbung frei und tragen dafür die Verantwortung."

Der gewählte Fokus wird von USA-Korrespondent Peter Düggeli in der Einleitung zu seinem Beitrag noch einmal verdeutlicht. Er sagt, dass er zeigen wolle, was es für Schwarze konkret bedeute, in den USA schwarz zu sein. Peter Düggeli ist unterwegs mit einem Vertreter der

Black Community in Washington, D.C.. Schwarze und Afroamerikaner machen in der Hauptstadt rund 50 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Der Fokus richtet sich also auf die grösste Gruppe in der Hauptstadt, die in der üblichen Politberichterstattung aus Washington sonst praktisch nie vorkommt.

Für das Publikum ist jederzeit klar, dass die folgende Reportage die Sicht der Schwarzen darstellt.

Rolle und Reform der Polizei

Im ersten Beitrag ist die Polizei gerade mal während 20 Sekunden zu sehen. Daneben zeigen wir vor allem Demonstranten und die US-Politik. Von Brutalität kann bei den Polizei-Bildern jedoch nicht die Rede sein: Die Aufnahmen zeigen Polizisten, die Strassenzüge bewachen und bereitstehen; Polizeigewalt oder Zusammenstösse mit Demonstranten sind nicht zu sehen. Es ist richtig, das Screen-Bild während der Anmoderation zeigt die Polizei in "Vollmontur", mit ihrer Ausrüstung. Auch Polizeikräfte in anderen Staaten verfügen über solche Ausrüstungen; gepanzerte Fahrzeuge beispielsweise als Wasserwerfer. Aus der Ausrüstung kann aber nicht auf die Einsatzdoktrin und die Haltung der Polizeikräfte geschlossen werden. Bewusst wurden daher Bilder von stehenden Polizisten und nicht Bilder der Polizei "in action", während Zusammenstössen, verwendet.

In diesem Beitrag ging es um Polizeireform und um die Diskussion, wie man die Polizei künftig anders organisieren kann. Es ist ein inhaltlich sachgerechter Beitrag mit Nancy Pelosi, Vorsitzende des Repräsentantenhauses und führende Demokratin, und Präsident Donald Trump, die beide ihre Sicht zum Thema Polizei und Polizeireform darlegen. Der Beitrag endet mit einem Ausblick auf mögliche Handlungsansätze durch die Politik.

Es wird nicht kritisiert, wie die Polizei an den Protesten aufgetreten ist und ausgerüstet war. Das ist gar nicht das Thema. Auch im anschliessenden Live-Gespräch ist die Ausrüstung der Polizei nur kurz Thema und zwar zur Illustration, was die Polizei in den USA alles zu erledigen hat. Es ist nachweislich ein grosses Problem, dass aufgrund mangelnder staatlicher Sozialdienste, die Polizei in (zu) vielen Bereichen tätig sein muss. Das soll zeigen, wie schwierig die Aufgabe der Polizisten ist, und dass es dabei immer wieder zu Missverständnissen kommen kann. In der zweiten Frage wird thematisiert, dass die Polizei einen recht guten Rückhalt hat in der Bevölkerung, die Menschen die Polizei nicht abschaffen und nicht grundlegend neu aufstellen wollen (Umfrage aus der Woche vom 12. Juni 2020). Allerdings würde sich die Bevölkerung eine Polizeireform wünschen, damit auch die Ausbildung besser wird. Das ist alles andere als Polizei-Bashing, keine negative Darstellung der Polizei, sondern die Darstellung der zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Fakten.

Reportage aus Washington

Die Tötung des Afroamerikaners George Flynn hat das Thema Polizeigewalt und täglicher Rassismus in den USA wieder auf eine brutale Art ans Tageslicht gebracht. Niemand glaubt wirklich ernsthaft, dass es Rassismus nicht gibt. Die Narben, die Sklaverei und Rassismus in den USA hinterlassen haben, sind noch längst nicht verheilt. Rassismus ist institutionell und systematisch belegt in fast allen Lebensbereichen (Polizei, Bildung, Gesundheitswesen, Wirtschaft, etc). Dazu kommt, dass Schwarze immer noch impliziten Rassismus erleben. Also

nicht, dass sie regelmässig verbal rassistisch beschimpft werden, sondern dass sie täglich erleben, wie man ihnen nicht traut, die Strassenseite wechselt, wenn ein Afroamerikaner entgegenkommt, im Einkaufsläden verfolgt wird, die (beruflichen) Leistungen angezweifelt werden, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Deshalb lassen wir in unserem Beitrag Afroamerikaner reden. Deshalb moderiert USA-Korrespondent Peter Düggeli das auch völlig transparent an, dass er mit Schwarzen unterwegs ist und ihre Welt und ihre Erfahrungen zeigt. Alles aus der Perspektive von Schwarzen - wie es 2020 ist in den USA schwarz zu sein.

Der Protagonist Lamont Mitchell ist ein Geschäftsmann, der die Rassenunruhen 1968 als Teenager miterlebte, und später auch als wirtschaftlicher Berater der Regierung der Stadt Washington gearbeitet hat. In beiden Rollen hat er sich mit Rassismus auseinandersetzen müssen. Er ist zweifellos sehr glaubwürdig. Neben ihm reden drei Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner kurz über impliziten Rassismus, den sie in ihrem Leben erfahren. Zusätzlich zeigt der Beitrag auch an vier Beispielen exemplarisch auf, wo Rassismus institutionell vorhanden ist. Und am Beispiel des afroamerikanischen Stadtteils Anacostia wird aufgezeigt, dass Rassismus über Jahrhunderte eine wirtschaftliche Ungleichheit zwischen Schwarzen und Weissen schuf und begünstigte, die bis heute sichtbar ist. All diese Fakten sind unbestritten. Im Beitrag werden auch die Probleme der Schwarzen angesprochen, die nicht nur mit Rassismus zu begründen sind. Probleme rund um die hohe Kriminalitätsrate und zerrüttete Familienstrukturen etwa. Genau das nehmen wir am Ende des Beitrages auf, und konfrontieren Lamont Mitchell damit. Der Beitrag zeigt auf, dass es auch in der schwarzen Community grosse Probleme gibt. Seine Antwort: "We can all do better."

Weitere Punkte

Die Reportage zeichnet an keiner Stelle das Bild eines "weissen, bösen Menschen, der Schwarze plagen will". Was in Sozialen Medien verbreitet wird, ist nicht Gegenstand des Beitrages.

Die Redaktion lehnt auch den Vorwurf ab, mit dieser Reportage werde Präsident Donald Trump kritisiert. Die Trump-Administration kommt in der ganzen Reportage nicht vor; niemand der interviewten Personen spricht ihn als Person oder seine Politik an. Im Rahmen der Wahlberichterstattung bis zum November wird die Bilanz dieser Präsidentschaft – Erfolge und Misserfolge, Innen- wie Aussenpolitik – noch oft Thema sein.

Die Kriminalität und ihre Statistik in den Vereinigten Staaten sind nicht Gegenstand der Reportage.

Die Redaktion verwahrt sich gegen den Vorwurf der "Meinungsdiktatur". Gerade weil die Reportage transparent angekündigt und eingebettet wurde, kann sich das Publikum unvoreingenommen eine Meinung bilden.

Fazit

Der Beitrag zur Diskussion über die künftige Aufstellung und die Aufgaben der Polizei, das Live-Gespräch mit USA-Korrespondent Peter Düggeli sowie die Reportage aus einem Schwarzen Viertel in der Hauptstadt Washington zeigen auf, wie die politische und

emotionale Diskussion zum Thema Rassismus verläuft. Besonders die Reportage gibt einen Einblick in die persönliche Befindlichkeit von Betroffenen, ohne aber in pauschalisierende Schuldzuweisungen abzugleiten. Die Reportage aus der Sicht von Schwarzen wurde klar als Reportage von und mit Betroffenen angekündigt. Auch diese Sicht einzubringen, gehört zum Informationsauftrag von SRF.

Die **Ombudsstelle** sieht keinen Grund, auf die einzelnen Punkte des Beanstanders einzugehen. Das hat die Redaktion umfassend, nachvollziehbar und kompetent getan. Vielmehr gehen wir auf den Grundtenor des Beanstanders ein. Ausgangspunkt der kritisierten Sendung ist der unmenschliche Tod von George Floyd aufgrund rassistischer Polizeigewalt, welche sich in eine Reihe von rassistischen Gewalttaten einfügt. Das ist eine Tatsache und wenn sich der Beanstander dagegen wehrt, so redet er den Rassismus klein, wenn er ihn nicht sogar negiert. Selbst Donald Trump räumt – wenngleich ebenfalls herabschwächend – ein, dass es in den USA systematischen Rassismus gibt: «Ich würde gerne glauben, dass dem nicht so ist», sagte er gegenüber dem «Wall Street Journal». Der ebenfalls republikanische ehemalige Präsident George W. Bush äusserte sich deutlicher: Es sei ein «schockierendes Versagen», dass viele Afroamerikaner in ihrem Heimatland immer noch Belästigungen und Bedrohungen ausgesetzt seien». Schwarze Menschen erlebten die wiederholte Verletzung ihrer Rechte ohne eine adäquate Antwort von Amerikas Institutionen zu bekommen. In den USA haben sich Menschen aller Hautfarben und Ethnien an Massenprotesten beteiligt, welche eine Debatte über systematischen Rassismus und Polizeigewalt angestossen haben. Umfragen in den USA weisen nach, dass eine Mehrheit der Amerikaner Rassismus als grosses Problem erkennen. Und dass mehr Weisse erschossen werden denn schwarze Menschen versteht sich von selbst: Die weissen Menschen sind in der Mehrheit. Gemessen am Bevölkerungsanteil werden in den USA schwarze Menschen mehr als doppelt so oft von Polizisten getötet als Weisse.

Mehrere Bundesstaaten und Städte haben Polizeireformen eingeleitet, um exzessive Gewaltanwendung zu unterbinden. Würgegriffe und Halsfixierungen beispielsweise wurden verboten. Selbst US-Präsident Donald Trump unterschrieb eine Verfügung mit ersten Polizeireformen.

Es ist journalistisches Gebot, dass SRF solche Entwicklungen in Informationssendungen oder Reportagen zeigt. Das hat SRF mit dem kritisierten «10vor10»-Beitrag erfreulicherweise getan und wird es hoffentlich auch weiterhin tun. Wer das ablehnt – ungeachtet ob er weiss oder schwarz, rechts oder links, Schweizer oder Amerikaner ist – scheint den Rassismus weiterhin goutieren zu wollen.

Sollte der Beanstander mittels Beschwerde an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) gelangen wollen, orientiert die beigelegte Rechtsbelehrung darüber.

Mit freundlichen Grüßen

Die Ombudsstelle SRG.D